



**Erklärung**  
**der Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und des**  
**Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland**  
**zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft (Juli – Dezember 2020)**

*„Europa ist die Zukunft“*

*Am 1. Juli 2020 übernimmt die Bundesrepublik Deutschland für ein halbes Jahr die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union (EU). Zu diesem Anlass erklären der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm, und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Georg Bätzing:*

Als christliche Kirchen vertrauen wir auf Gott, der uns in seinem Sohn Jesus Christus Rettung und Heil verspricht. Gott hält seine Versprechen an uns Menschen. Und er gibt uns die Kraft, unseren Teil zum guten Gelingen beizutragen. Neben der Berufung, in der derzeitigen Krise Trost zu spenden und Orientierung anzubieten, sehen wir Kirchen uns auch weiter als öffentliche Stimme, die dafür eintritt, in Europa solidarisch füreinander einzustehen und die Schwächsten in der Gesellschaft sowie die Bewahrung der Schöpfung nicht aus dem Blick zu verlieren.

Wir, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz und der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), sind der Überzeugung, dass unser aller Zukunft nicht allein bei den Nationalstaaten, sondern in Europa liegt. Wir fordern die deutsche Politik daher auf, im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft 2020 und darüber hinaus die Zukunft unseres gemeinsamen Hauses Europa in Verantwortung für den europäischen Zusammenhalt zu gestalten.

Gerade jetzt kommt es wie selten zuvor darauf an, einen gemeinsamen Weg in die Zukunft zu beschreiten, ganz im Sinne des Mottos der Präsidentschaft „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ Denn die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie kann nur ein geeintes Europa überwinden. Mit nationalen Alleingängen, Egoismen und gegenseitigen Schuldzuweisungen ist niemandem geholfen; vielmehr muss es darum gehen, im Geist europäischer Solidarität beherzt die großen

Kaiserstraße 161  
53113 Bonn  
Postanschrift  
Postfach 29 62  
53019 Bonn

Tel.: 0228-103 -214  
Fax: 0228-103 -254  
E-Mail: [pressestelle@dbk.de](mailto:pressestelle@dbk.de)  
Home: [www.dbk.de](http://www.dbk.de)  
Social Media:  
[www.facebook.com/dbk.de](http://www.facebook.com/dbk.de)

*Herausgeber*  
P. Dr. Hans Langendörfer SJ  
Sekretär der Deutschen  
Bischofskonferenz

Herausforderungen anzugehen. Deutschland hat als größter und wirtschaftlich stärkster Mitgliedsstaat der EU mit der Ratspräsidentschaft die Möglichkeit, eine Führungsrolle im Sinne eines „primus inter pares“ auszufüllen.

Der Hauptfokus der Präsidentschaft wird auf der Bekämpfung der Wirtschaftskrise in Europa liegen. Für den notwendigen Wiederaufbau der Wirtschaft in der EU bedarf es einer raschen Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027. Den begonnenen Weg zu einer klimaneutralen Gesellschaft sollten wir in diesem Zusammenhang entschieden weitergehen, die Biodiversität erhalten und das Klima sowie die Umwelt schützen. Dabei begrüßen wir die Ankündigung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, dass die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Europäische Grüne Deal für eine nachhaltige klimaneutrale EU bis 2050 ebenfalls im Mittelpunkt stehen sollen.

Vieles weist darauf hin, dass die Corona-Pandemie strukturschwache Länder und vor allem ärmere Bevölkerungsschichten am stärksten trifft. Insofern sollte die Ratspräsidentschaft als Chance genutzt werden, die besonders betroffenen Staaten, auch außerhalb der EU, zu unterstützen. Ein deutlicher Ausdruck der europäischen Verantwortung für das globale Gemeinwohl wäre etwa eine Initiative für die soziale und ökologische Gestaltung von Liefer- und Wertschöpfungsketten im Einklang mit den Menschenrechten.

Als Kirchen betrachten wir für die deutsche Ratspräsidentschaft weiterhin auch folgende Themen als besonders wichtig. Sie dürfen bei der Bewältigung der Konsequenzen der Pandemie nicht ins Hintertreffen geraten:

- Die Corona-Krise hat die Digitalisierung weiter beschleunigt. In einer zunehmend digitalisierten Welt ist es geboten, die Vorteile der Digitalisierung zu nutzen, Risiken zu vermeiden oder zu verringern sowie sich hieraus ergebende Ungleichgewichte im Interesse von Partizipation und sozialer Gerechtigkeit auszugleichen.
- Wir müssen den Europäerinnen und Europäern, insbesondere der jungen Generation, Perspektiven aufzeigen und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft ermöglichen. Neben begrüßenswerten Vorstößen für eine gute Qualifikation oder für eine soziale Abfederung bedarf es vor allem der Schaffung und der Sicherung von Arbeitsplätzen.
- Die EU braucht eine menschenwürdige, gerechte und solidarische Asylpolitik, die schutzsuchenden Menschen sichere Zugangswege ermöglicht, hohe Aufnahme- und Verfahrensstandards garantiert und von allen Mitgliedsstaaten gleichermaßen akzeptiert und umgesetzt wird. Im Rahmen einer umfassenden europäischen Migrationspolitik bedarf es zudem legaler, fairer und transparenter Möglichkeiten, zur Ausbildungs-, Studiums-, und Arbeitsaufnahme in die EU einzureisen.
- Die EU gründet wesentlich auf dem Verständnis einer Rechtsgemeinschaft, die in einer pluralen Gesellschaft demokratische Teilhabe und rechtsstaatliche Prinzipien garantiert. Unter dem Vorwand der Viruseindämmung dürfen diese Prinzipien nicht außer Kraft gesetzt werden.

- Auch wenn Großbritannien zu Beginn dieses Jahres offiziell aus der EU ausgetreten ist, sollten beide Seiten eine enge Partnerschaft sowie stabile, auf hohen Umwelt- und Sozialstandards basierende, faire Wirtschaftsbeziehungen anstreben, um unser gemeinsames Erbe zu bewahren.

Deutschland kann im Zuge seiner Ratspräsidentschaft wegweisende Impulse zur Gestaltung europäischer Antworten auf die aktuellen europäischen und globalen Herausforderungen setzen. Die europäische Integration bedarf in diesen schwierigen Zeiten dringend einer neuen Dynamik. Es sollte daher der Anspruch an die Ratspräsidentschaft sein, nicht nur auf äußere Zwänge zu reagieren, sondern aktiv zu gestalten. Die geplante Konferenz zur Zukunft der EU erachten wir als ein wichtiges Instrument, zu dessen Erfolg wir als Kirchen unseren Beitrag leisten möchten. Wir wünschen der Bundesregierung für die anstehenden Schritte und Entscheidungen Gottes Segen und gutes Gelingen!

Bonn und Hannover, den 17. Juni 2020

Landebischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm,  
Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Bischof Dr. Georg Bätzing,  
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz